

# KUNSTCHRONIK

MONATSSCHRIFT FÜR KUNSTWISSENSCHAFT  
MUSEUMSWESEN UND DENKMALPFLEGE

MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E. V.  
HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR KUNSTGESCHICHTE IN MÜNCHEN  
VERLAG HANS CARL, NÜRNBERG

---

43. Jahrgang

September 1990

Heft 9

---

## Kunstdenkmäler und Politik

### INTERESSENTEN FÜR SCHÖNBRUNN GESUCHT

Die Behauptung, Politik unserer Tage werde schlechthin bestimmt von ebenso überzeugenden wie klaren und vor allem festen Grundsätzen, ist wohl allzu optimistisch; ja, sie vermöchte eigentlich überhaupt nur in einem geradezu euphorischen Taumel abgegeben zu werden. So gesehen wird der Fall umso bemerkenswerter, daß ein Politiker in unbeirrter, dann bald starrer und schließlich gänzlich verhärteter Weise an einer vom Prinzip her durchaus respektablen Idee festhält, wobei allerdings einer der bedeutendsten Kunstschatze Österreichs unter die Räder zu kommen droht und schweren Schaden erleiden könnte.

Es geht um Schönbrunn. Dabei hat er viel für sich, dieser Slogan, dem Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel folgt: „mehr privat — weniger Staat“ wie das auf allen Plakatwänden heißt, und ohne Frage hat seine Anwendung in jüngster Zeit auf mancherlei Gebieten der Wirtschaft, der Industrie und an verschiedenen bürokratischen Einrichtungen sichtbare Erfolge gebracht. Es ist wohl die Effizienz unternehmerischen Denkens ebenso wie der in Beamtenkreisen nicht immer gleich deutliche Leistungsdruck, der offenbar hier zur Wirkung kommt.

Die Vorstellung aber, aus einem der schönsten und würdevollsten Denkmäler unserer Geschichte, dem Kaiserschloß Maria Theresias, dem Geburts-, Arbeits- und Sterbeort Kaiser Franz Josephs, dem großartig gestalteten und ausgestatteten Kunstwerk, dem historischen Platz, der mit Napoleon oder dem Herzog von Reichstatt ebenso verbunden ist wie mit der Musikkultur Österreichs — mit Mozart etwa —, doch genau so mit den großen politischen Ereignissen, dem tragischen Frieden von Schönbrunn oder dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1918, aus einem Kernpunkt also europäischen Bewußtseins und österreichischer Identität ein Modell der „effizienten Vermarktung“ durchzuexerzieren, was bedeutet: eine Geldquetsche für wie es so schön heißt „eine private Interessentengruppe“ zu machen, das alles konnte und darf nicht unwidersprochen bleiben.

Die Vorgeschichte in Kürze. Eines Tages, so etwa vor einem Jahr, las man in einer Tageszeitung merkwürdige Dinge. Gefahr für Schönbrunn sei im Verzug, hieß es da; hinter verschlossenen Türen spreche man von Plänen, Schloß und Park Schönbrunn — wie gesagt — einer „totalen Vermarktung“ zuzuführen, was durch Verpachtung an einen privaten Betreiber oder an eine ganze Gruppe von Interessenten geschehen solle. Man las es mit einigem Befremden, ohne allerdings zunächst solchen Phantasien besonderen Glauben zu schenken. Es klang ein wenig nach übertriebener Sensation. Dann aber bekam „Disneyland“ (von einer Zeitung bald „Habsbourg-land“ genannt) als Zukunftsvision Schönbrunns immer greifbarere Formen. Aufmerksamkeit mußte wecken, als Informationen aufkamen, daß nicht übersehbare Aktivitäten bereits ganz konkrete Formen annähmen: Pläne zum Umbau der Orangerie des Schlosses zu einem durch ein aufgesetztes Baugeschoß erhöhten Hotel, Einrichtung und Umbau der Gloriette zu einem Kaffeehaus, der Gartenpavillons zu einem Walzerkaffee und einem Seniorentanzlokal; schließlich wollte manches Gerücht nicht verstummen, daß ausländische Interessenten aus dem Fernen Osten ebenso wie aus den USA sich im Schloß selbst mit einem Luxushotel zu etablieren beabsichtigten, sich schon mit Umbauplänen befaßten und sogar schon prominente Architekten wie Baufirmen mit Vorarbeiten verschiedenster Art beauftragt seien. Auch ging es um ein Nobelrestaurant im Parterregechoß des Schlosses, worüber soeben verhandelt werde. Daneben spielten die Redereien über die im Park kursierenden Kleinbusse, um Würstelstände in den Parkanlagen u. a. eine zwar auch schockierende, doch untergeordnete Rolle.

Eine Anfrage an die zuständige Stelle des Wirtschaftsministeriums, dem die Bauten unterstehen, mit der man zu erfahren hoffte, ob an solchen Gerüchten etwas Wahres dran sein könne, ergab eine überraschende Auskunft. Man sei gezwungen, jede Antwort zu verweigern, da in der Frage der Privatisierung von Schönbrunn ein Sprechverbot erlassen worden sei. So gebe es keinen Kommentar und schon gar nicht eine beruhigende Klarstellung. Nun nahmen Zeitungen Notiz von der Sache. Zugegeben, die Schlagzeilen waren nicht alle von der noblen Art: „Grafbobbyland ante portas“ hieß es da (*Die Presse*) und „Gondeln für Schönbrunn“ — was sich auf das Gerücht einer Gondelbahn zur Gloriette bezog (*Die Furche*); „Schönbrunn darf nicht zum Disneyland werden“ (*Sams-tag*); „Erlebniswelt Habsburgland“ (*Wochenpresse*) oder „Schönbrunn — Minister Schüssels Luftschloß“ (*Die ganze Woche*) usw. Auch das Fernsehen griff das Thema auf.

Das geweckte Aufsehen führte zu einer Einladung an den Minister, in einer Club 2 Sendung des ORF ausführlich dazu Stellung zu nehmen, was auch geschah. Beruhigende und doch beunruhigende Worte: Fachleute haben errechnet, daß eine Totalsanierung des Schlosses etwa eine halbe Milliarde Schillinge, also etwas über 70 Millionen DM, erfordere, und um diese nicht dem Staatshaushalt aufzulasten, sondern aus privater Finanzierung aufzubringen, vertrete er, Minister Schüssel, die Auffassung, daß ein Pächter für diese ganze Fremdenverkehrsattraktion die beste Lösung wäre. Abgesehen davon, daß der genannte Betrag in einer Zeit der Hochkonjunktur mit den enormen Aufwendungen des Staates für die unterschiedlichsten Zwecke, von denen so manche den Rang eines Kulturmonumentes höchsten Ranges gewiß nicht besitzen, wahrhaftig nicht unerschwinglich sein müßte, stimmt unserer Auffassung nach auch die ganze Rechnung

nicht, zumal ja nur ein kleiner Teil einer solchen Summe überhaupt pro Jahr in dem durch Besucher dermaßen stark frequentierten Objekt verbaut werden könnte. Jedenfalls nicht, ohne zu schließen und den Besucherstrom zu stoppen. Das aber will man natürlich auch nicht, denn dieser bringt doch die Einnahmen. Davon allerdings wird auch nicht gerne gesprochen, daß der Finanzminister die jährlichen Einnahmen von etwa 86 Millionen immerhin auch wohlwollend kassiert. Und damit ist man beim Kern der Malaise: Schönbrunn untersteht gar nicht einem, sondern zumindest drei, wenn nicht gar vier Ministerien; und alle erteilen Weisungen, verwalten, bestimmen, verzögern; so kann man manchen Unmut über Verwaltungsschwächen verstehen. Nicht aber kann man der Äußerung Minister Schüssels beipflichten, daß Beamte grundsätzlich eine geschickte Vermarktung nicht beherrschen könnten. Sie könnten genau so betriebswirtschaftlich denken und handeln, vorausgesetzt allerdings, man setzt qualifizierte Beamte ein und man läßt sie denken und handeln. Es lag nahe, daß daraufhin auch die Gewerkschaft entsprechend scharf und in Protestaktionen einstieg; und das ausgerechnet jene Sektion, welche Minister Schüssels ÖVP nahesteht.

Aber der Unmut erfaßte bald viel weitere Kreise. In einem Interview faßte ihn der Kaiserenkel Karl Habsburg wie folgt zusammen: „Das ist unverantwortlich! Von den Konzepten ist doch keines zu akzeptieren! Gewiß wird es gut sein, die Gastronomie zu verbessern, aber solche Konsequenzen sollte der derzeitige Betreiber ziehen, verbunden mit einer Vereinfachung. Nichts also gegen wirtschaftliches Denken, aber nicht verbunden mit einem Zirkus“. Man gab mir Gelegenheit, in der Tageszeitung *Die Presse* die Angelegenheit aufzurollen; es gab Zustimmung und Ablehnung: Schüssel sei ein hochqualifizierter Mann der Wirtschaft und alle wirtschaftlichen Leistungen von Beamten (siehe verstaatlichte Industrien, z. B. Österreichische Stahlwerke) seien ohnehin suspekt. Die immer mehr ans Tageslicht kommenden Skandale vergangener Jahre trügen auch nicht gerade bei, das Vertrauen in „Beamte“ zu stärken. (Dann müße man aber auch sagen: So manche Ereignisse stärken das Ansehen so mancher Politiker auch nicht gerade, jedoch ist die eine wie die andere Verallgemeinerung unzulässig.) Was klar war, nun kam Minister Schüssel zu Wort: „Schönbrunn — kulturpolitische Barbarei oder sinnvolle Nutzung?“ stellte er die Frage in einem Artikel in der *Presse*, und er bekannte sich zu letzterem. Er sicherte als Schlagzeile zu: „Unsinn, keiner opfert Schönbrunn“ (*Kronenzeitung*), und ging auch rasant zum Angriff über: „Es ist Schwachsinn, was alles über Schloß Schönbrunn, Habsburg-Disneyland, Barockkutschen und die Generalpacht geredet wird..“

Inzwischen war eine Ausschreibung des Wirtschaftsministeriums im offiziellen Amtsblatt, der *Wiener Zeitung*, erfolgt. Deutlich genug hieß es hier: „Das Bundesministerium...beabsichtigt den Betrieb...im Bereich der Schauräume, der Gloriette, des Tiergartens und der Wagenburg, eventuell auch Orangerie....einer ...Person auf deren eigene Rechnung und Risiko zu übertragen.“ Das war eigentlich klar und eindeutig genug, um zu fragen, was es mit der Beteuerung auf sich habe, „es ist Schwachsinn, von Generalpacht zu reden“, wie es der Minister gesagt hatte. Von was sonst war da die Rede?

Man erfuhr bald, daß sich bis zum Ablauf der Frist 27 Bewerber aus aller Welt gemeldet hatten. Und bald wußten recherchierende Journalisten mehr; es war schockierend ge-

nug. Pläne über Pläne: stilvoll geschmückte Busse im Kreisverkehr im Park, Musikkaffee in der Gloriette, wiederum die leidigen Gaststätten im Schloß (mit unvermeidlichen Gulyasdüften in den kaiserlichen Prunkräumen), eine tolle Folge von Festen im Schloß, von einer ständigen Auto-Oldtimer-Schau im Vestibül, von allerlei geldträchtigem Schnickschnack in Souvenirshops, T-Shirts mit Franz-Joseph- und Sissyporträts, Luftballons mit Doppeladler (offenbar in Anlehnung an „So steig empor Du stolzer Adler...“), dann war von einem Seniorentanzkaffee im Park, von livriert verkleideten Statisten aller Art, von Sänfenträgern und sogar — Glanzpunkt der Geschmacklosigkeit — von einer täglichen gemimten Kaiseraudienz im Arbeitszimmer Franz Josephs mit kostümierten Darstellern die Rede.

Man hätte gerne alles als lächerlich, absurd und zu dumm verstanden, wenn nicht eine Einladung des Ministers an mich als Obmann des inzwischen gegründeten Vereins *Freunde Schönbrunn*s zu einem sogenannten Hearing der letzten sechs oder sieben in die nähere Wahl gezogenen Bewerbern ergangen wäre, offenbar um uns von der Seriosität der Projekte zu überzeugen. Es kam ganz anders. Man glaubte es nicht, was da zum Vorschein kam; man überbot sich geradezu in cleveren Ideen, als deren Superlativ nur die eine zu erwähnen ist: Zur schnelleren Besichtigung der Flucht von Prunkräumen (d. h. schneller = mehr zahlende durchgejagte Besucher) wäre zweckmäßig eine fließende Rolltreppe durch die Räume zu ziehen, da das dahinschleppende Stehenbleiben der Führungen solcherart zu verhindern wäre. Zeit ist eben Geld. Wir gingen an die Öffentlichkeit.

Es sei der Ordnung halber klargestellt, daß man nun von seiten des Wirtschaftsministeriums mit Umsicht agierte. Die Bewerber wurden gesiebt und es blieben zuletzt zwei, genauer drei durchaus seriöse Gruppen übrig. Seither wird von diesem Ministerium an einem Vertragswerk gearbeitet, das Pflichten und Rechte nun nicht mehr eines Pächters (!), sondern eines auf fünf Jahre befristeten Managers — was einen beträchtlichen Unterschied machen würde, wenn es wirklich dabei bliebe — klarstellen und formulieren soll. Zur Zeit ist man an der siebenten Fassung, und es besteht Anlaß zu glauben, daß auch diese noch allzuviele offene Fragen beinhaltet. So haben die *Freunde Schönbrunn*s ein Mitglied, einen Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofes, um eine Beurteilung des ihnen zugekommenen vertraulichen Vertragsentwurfes gebeten. Kurz gesagt, es sind schwerste Bedenken, die von diesem Spitzenjuristen eingewandt werden. Dem Herrn Minister wurde davon Kenntnis gegeben mit der Bitte, das Vorhaben noch genauer Prüfung zu unterziehen und neu zu überdenken. Aus dem Finanzministerium war nun soeben zu vernehmen, daß es in der Tat mit einer Prüfung befaßt ist und daß schon eine erste Einsicht zur Überlegung geführt habe: Vielleicht ist es gar nicht möglich, ein Kulturmonument so wie eine Industrie zu privatisieren?. Vielleicht nämlich spielen da doch noch andere Faktoren eine Rolle als allein greifbar finanzielle?

Soviel unerwartete Einsicht überrascht zutiefst. Vor Tische las man's anders. Aber es besagt zuletzt doch nichts. Denn ich befürchte, uns stehen in der *causa* Schönbrunn ganz andere Überraschungen bevor. Auch wenn der Herr Bundesminister in der Presse hat verlauten lassen, er habe sich den Präsidenten des Bundesdenkmalamtes Dr. Sailer und den Obmann des Vereins der Freunde Schönbrunn Dr. Koschatzky als „watch-dogs“ bestellt; sie sollten achten, ob der Manager alle Auflagen erfülle. Ich weiß bislang offi-

ziell überhaupt davon noch nichts und schon gar nicht, ob wir überhaupt eine solche Machtfülle zugestanden erhalten werden, daß wir Wirtschaftsmanager in Schranken zu weisen vermögen.

Eines aber steht fest. Schönbrunn muß von allen Kniffen und Tricks freigehalten werden. Es bedeutet der gesamten Kulturwelt zu viel, um als blanke Attraktion verstanden und vermarktet werden zu dürfen. Im übrigen steht viel zu viel an Beispielfolgerung für so manches andere Kunstdenkmal auf dem Spiel. Es wird nämlich rasch Schule machen, wenn erst einmal der Staat selbst vorgeführt hat, wo und wie aus allem Gemäuer noch mehr Geld gemacht werden kann. Und wir alle wissen, was dann in so manchen Köpfen Vorrang hat, wenn es um das „*non olet*“ geht: die historische Würde etwa, die Ehrfurcht vor dem Kunstwerk, die kulturelle Vertiefung oder der Mammon.

Walter Koschatzky

## Neue Funde

JUSTI UND GRECO.

EIN ALTES MISSVERSTÄNDNIS

AUS DER PERSPEKTIVE NEUER DOKUMENTE

(mit einer Abbildung)

Mit Begeisterung beschrieb Carl Justi seinem Bruder Ferdinand am 9. September 1874 ein Werk El Grecos, das er zufällig in der Sammlung Manfrin in Venedig entdeckt und sofort gekauft hatte (*Abb. 1*; Harold E. Wethey, *El Greco and his school*. 2 Bde., Princeton 1962, Bd. 2, S. 54—55 und S. 56, Nr. 82; Bd. 1, Fig. 58. Eine Kopie des Briefes befindet sich nach Wethey in amerikanischem Privatbesitz). In der damals Federico Barocci zugeschriebenen „Entkleidung Christi“ sah er die unmittelbare Vorstudie für das gleichnamige Bild des Griechen in der Kathedrale von Toledo. Ferdinand Justi antwortete aus Marburg am 17. September 1874: „Zu dem Ankauf des Greco wünsche ich Dir vielmals Glück“ (Staatsarchiv Marburg, Akte Justi 340, 144).

Wahrscheinlich hatte Justi schon auf seiner ersten Spanienreise im Winter 1872—73, während eines dreitägigen Toledo-Aufenthaltes (*Spanische Reisebriefe*, Bonn 1923, S. 19), die Werke Grecos gesehen. Eine intensive Auseinandersetzung scheint indes erst im Frühjahr 1876 erfolgt zu sein. Jedenfalls finden sich nun in den sorgsam geführten Tagebuchblättern (1856—1887) die zwei Wochen zwischen dem 12. und 25. Juni mit der Überschrift „Über den Greco, Domenico Theotocopouli, llamado El Greco“ und der Aufzählung der Werke „Espolio, S. Mauritius, Cond. Orgaz“ versehen (Staatsarchiv Marburg, Akte Justi, 340, 183 Blatt 145, 23. April—21. Juni). Man darf annehmen, daß Justi bereits damals, noch unter dem Eindruck seines gelungenen Kunstkaufes, erste Betrachtungen zu Greco niederschrieb, die ihm für seine späteren Veröffentlichungen als Grundlage dienten. Jedenfalls behauptete er später, den Griechen seitdem nie aus den Augen verloren zu haben (Universitätsbibliothek Bonn. Handschriftenabteilung, Nachlaß Justi, Akte S. 1722, 137, Brief vom 4. 3. 1897).

1888 widmete er El Greco ein eigenes Kapitel in *Diego Velázquez und sein Jahrhundert* (2 Bde., Bonn 1888, S. 76—80). 1897/98 erschien der Aufsatz „Domenico Theoto-